

Vorsitzender

Von: Heere, Gerald <Gerald.Heere@lt.niedersachsen.de>
Gesendet: Freitag, 18. März 2022 11:56
An: Vorsitzender
Betreff: Antwort auf Ihr Schreiben: Erhöhung von Reisekostenpauschale

Sehr geehrter Herr Balster,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben und dem damit verbundenen proaktiven Zuspiel. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat auch bei uns viel Raum eingenommen, weswegen ich Ihnen jetzt erst antworten kann.

Wir Grüne in Niedersachsen kritisieren Vorschläge zur Erhöhung der Pendlerpauschale und Mehrwertsteuersenkungen für fossile Energien und fordern zielgenaue Hilfen für finanzschwache Haushalte und mehr Tempo beim Ausbau der erneuerbaren Energien.

Nachdem CDU und FDP auf Bundesebene entsprechende klimaschädliche und sozial ungerechte Vorschläge ins Spiel gebracht hatten, hat Mitte Februar die Landesregierung aus SPD und CDU eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, die aus Sicht der GRÜNEN in die falsche Richtung weist und die gezielte Entlastung finanzschwacher Haushalte vergisst. Preistreiber bei den Energiekosten sind ganz klar die fossilen Energien. Die Pendlerpauschale erneut zu erhöhen, wäre aus ökologischer Sicht eine Katastrophe und sie begünstigt die Falschen. Dieses Steuergeschenk für Besserverdienende lehnen wir ab. Zuletzt 2021 hatte die Große Koalition der alten Bundesregierung die Pendlerpauschale ab dem 21. Kilometer bereits von 30 auf 35 Cent pro Kilometer erhöht.

Von der Pendlerpauschale profitieren vor allem Menschen mit höheren Einkommen, die überhaupt erst die Pauschale in der Steuererklärung geltend machen können. Eine Mehrwertsteuersenkung für fossile Energieträger nach dem Gießkannenprinzip würde denen am meisten nutzen, die die größten Autos und die höchsten Energieverbräuche haben. Beides ist weder ökologisch sinnvoll noch sozial gerecht. Das kostet Milliarden, schadet dem Klima und hilft gerade den Ärmsten kein bisschen.

Stattdessen fordern wir möglichst zielgenaue Hilfen für Geringverdienende. Dazu gehören der vom Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck geplante Heizkostenzuschuss sowie ein Kindersofortzuschlag. Es ist gut, dass die Ampel im Bund an einem Entlastungspaket arbeitet. Die Abschaffung der EEG-Umlage ist bereits geplant. Außerdem fordern wir schon lange eine Erhöhung der Grundsicherung. Für stabile und bezahlbare Energiepreise müssen wir jetzt endlich den Turbo beim Ausbau der erneuerbaren Energien zünden. Das macht uns unabhängig von immer teurer werdenden fossilen Importen und schützt das Klima. Zudem müsse die Wärmewende schnell und sozial gerecht vorangetrieben werden, zum Beispiel indem das Austauschen fossiler Heizungen und das Anbringen von Wärmedämmung stärker gefördert werden.

Zudem macht der russische Angriffskrieg und die damit verbundenen Preissteigerungen deutlich, dass wir bei der Energiewende und der Elektrifizierung von Autos einen „Turbo“ einlegen müssen. Dass die großen Energiekonzerne trotz erheblich sinkender Ölpreise diese Entspannung an den Märkten nicht an die Verbraucher*innen weitergeben ist für mich unverständlich. Deshalb begrüße ich die Initiative von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, dass vom Bundeskartellamt mögliche Preisabsprachen der Energiekonzerne geprüft werden.

Ich danke Ihnen nochmals für Ihr Schreiben und hoffe, dass wir die großen Herausforderungen, vor die uns der Krieg als Gesellschaft stellt, gemeinsam lösen.

Mit freundlichen Grüßen

Gerald Heere



Gerald Heere, MdL
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Parlamentarischer Geschäftsführer
Vorsitzender des Ausschuss für Haushalt und Finanzen
Sprecher für Haushalt und Finanzen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag Niedersachsen
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
Tel: 0511-3030-3305

